



Ujah rettet Punkt

Anthony Ujah hat Werder Bremen den bereits elften Auswärtspunkt dieser Saison gesichert. Allerdings durften sich die Bremer nach dem 1:1 in einem spielerisch schwachen Kellereuell beim VfB Stuttgart auch ärgern: Schiedsrichter Florian Meyer verwehrte der Skripnik-Elf beim Stand von 0:0 einen klaren Strafstoß. FOTO: IMAGO **Berichte Seite 21**

Bremen will Schüler auf Wahlen vorbereiten

Weber: Mehr Wert auf politische Bildung legen / Bertelsmann-Stiftung: Stadt soll Vorbild sein für alle Länder

VON SILKE HELLWIG

Bremen. Wählen im Alter ab 16 Jahren kann langfristig helfen, die allgemeine Wahlbeteiligung zu stabilisieren und zu steigern. Dieses Fazit ziehen Wahlforscher der Bertelsmann-Stiftung aus einer aktuellen Analyse. Untersucht worden ist die Wahlbeteiligung in den Bundesländern Bremen, Hamburg und Brandenburg, wo 16- und 17-Jährige ihre Stimmen bei Landtagswahlen abgeben dürfen. Auch Daten aus Österreich flossen in die Untersuchung ein, dort dürfen Staatsbürger im Alter ab 16 auch über die Zusammensetzung des Nationalrats – das Pendant zum Bundestag – mitbestimmen. „Nach unseren Simulationsberechnungen führt die Steigerung der Wahlbeteiligung von Erstwählern um ein Drittel langfristig dazu, dass auch die Gesamtwahlbeteiligung wieder auf knapp 80 Prozent steigt“, sagt Robert Vehrkamp von der Bertelsmann-Stiftung. Zudem könne das Herabsenken des Wahlalters helfen, die soziale Spaltung bei der politischen Willensbildung zu verringern.

Wählen ab 16 sei indes „kein Selbstläufer“, so der Wahlforscher weiter. Eine besondere Verantwortung komme den Schulen zu: Sie seien gefordert, Schüler politisch zu sozialisieren, zumal jene, die aus Nichtwählermilieus stammten. Anders als Personen im Alter ab 18 Jahren könne man jüngere beinahe durchgehend an Schulen erreichen, wenn man die Themen Wahlen und Parlamente im Unterricht behandle.

„Bremen, Hamburg und Brandenburg sind eine Art Labor, in dem getestet wird, welche Folgen die Herabsenkung des Wahlalters hat“, sagt Bremens Bürgerschaftspräsident Christian Weber. Bei den jüngsten Bürgerschaftswahlen im Mai dieses Jahres konnten rund 10 500 Bremer im Alter von 16 und 17 Jahren ihre Stimme abgeben. Auch 2011 durften sie bereits mitwählen. Bedauerlicherweise sei die Beteiligung unter den Jüngsten allerdings gesunken: 2011 lag sie laut der Bertelsmann-Studie bei rund 53,5, in diesem Jahr bei 46 Prozent. „Wir hatten doch deutlich höhere Erwartungen“, so Weber. „2009, als wir beschlossen haben, als

erstes Bundesland das Wahlalter zu senken, sind wir davon ausgegangen, dass sich dadurch die Wahlbeteiligung erhöht. Das ist leider nicht eingetreten.“ 2015 war sie mit 50,2 Prozent so niedrig wie noch nie.

Ihm sei indes klar, so Weber weiter, dass „man langen Atem haben muss, weil sich so etwas nicht von heute auf morgen auswirkt“. Die Bürgerschaft bemühe sich – beispielsweise mit der Veranstaltung „Jugend im Parlament“ –, junge Menschen auf demokratische Prozesse aufmerksam zu machen. „Jugend im Parlament“ findet alle zwei Jahre in der Bürgerschaft statt, dabei werden eine Parlamentssitzung simuliert und eigene Forderungen verabschiedet, mit denen sich die Bürgerschaft befasst.

Der Bremer Politikwissenschaftler Stefan Luft sieht das Herabsenken des Wahlalters kritischer, aus staatsrechtlichen Gründen. „Das Wahlrecht ist ungeeignet, um die Wahlbeteiligung zu erhöhen. Es hat als Königsrecht des Bürgers eine zentrale Funktion und setzt vollkommene Entscheidungsfähigkeit voraus.“ Die Rechte von Minderjährigen seien bewusst begrenzt, so seien sie beispielsweise noch nicht uneingeschränkt geschäftsfähig und strafmündig, dürften nicht heiraten oder alleine Autofahren. Zudem werde ihnen bei Landtagswahlen nur das aktive, nicht etwa das passive Wahlrecht eingeräumt: Minderjährige können nicht ins Parlament gewählt werden, offenbar aus guten Gründen, so Luft. Die Wahlbeteiligung hängt seiner Meinung nach gravierend vom „Streitwert“ einer Wahl und der politischen Kontrahenten ab. Wenn Wähler Parteien inhaltlich kaum unterscheiden könnten, wüssten sie nicht, warum sie ihre Stimme abgeben sollten.

Weber will die Bertelsmann-Studie zum Anlass nehmen, um mit Bildungssenatorin Claudia Bogedan und Bremer Schulen auszuloten, wie man die Vorbereitung der Erstwähler verbessern und verstetigen kann. Niemand könne Einwände dagegen haben, wenn Schulen Wert auf politische Bildung legen, sagt auch Politikwissenschaftler Luft. Allerdings werde den Schulen mittlerweile von vielen Seiten Sozialisationsarbeit in einem Maße abverlangt, der kaum noch zu leisten sei. **Interview Seite 7**



Bürgerschaftspräsident Christian Weber

Wachsende Kritik an Bundesamt

Bremen-Berlin. Die Kritik an der Arbeit des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) und dem wachsenden Berg an unbearbeiteten Asylanträgen wächst. Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer verlangte mehr Engagement von den Mitarbeitern und sprach von „Zuständen, die nicht tragbar sind“. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) nahm den Leiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Frank-Jürgen Weise, und die mehr als 3000 Mitarbeiter in Schutz. Trotz der „dramatisch gestiegenen Antragszahlen“ sei es ihnen gelungen, dass die Verfahrensdauer gesunken sei. Derzeit lägen rund 330 000 unbearbeitete Asylanträge beim Bamf, etwa 400 000 registrierte Flüchtlinge haben noch keinen Antrag gestellt.

Die Zahl der Flüchtlinge steigt – und mit ihr auch die Zahl der ehrenamtlichen Helfer in der Flüchtlingsarbeit. Weil viele von ihnen den Kontakt mit Menschen aus fremden Kulturen gar nicht gewohnt sind und immer wieder Fragen auftauchen, steigt der Bedarf nach Seminaren zu interkultureller Kommunikation. Bei der Freiwilligenagentur in Bremen sind die Seminare ausgebucht. Und es stehen noch 100 Ehrenamtliche auf der Warteliste. Ehrenamtliche Helfer waren es auch, die Nikolausmützen aufsetzten und den Kindern in 26 Übergangswohnheimen für Flüchtlinge Tüten mit Süßigkeiten überreicht haben. **KAA-DPA**
Thema Seite 3-Berichte Seite 9 und 11

POLITIK

Front National siegt bei Regionalwahlen 2 und 4

Drei Wochen nach den Terroranschlägen in Frankreich hat die rechtsextreme Front National bei den Regionalwahlen einen klaren Sieg errungen. Es ist vor allem ein Triumph für Parteichefin Marine Le Pen.

WIRTSCHAFT

Vom Hörsaal in den Konferenzraum 15

Als wäre ein Studium nicht schon stressig genug: Um Erfahrungen zu sammeln, haben Bremer Studenten eine Unternehmensberatung gegründet und unterstützen Firmen.

SPORT

Favorit läuft hinterher 25

In der Bremer Vahr ist am Sonntag die Galoppsaison auf Grasbahnen zu Ende gegangen. Mit einer Überraschung: Der große Favorit des Jagdrennens, Falconettei unter Jockey Cevin Chan, wurde nur Vierter.

KULTUR

Märchenhaftes Musical 20

Ein Traum aus 1001 Nacht: Das Disney-Musical Aladdin feiert in Hamburg mit einer opulenten Ausstattung Premiere. Zwischen bunten Kostümen, einem beeindruckenden Bühnenbild und einem überzeugenden Flaschengeist bleibt auch noch Zeit für Anspielungen auf Helene Fischer und Angela Merkel.



RUBRIKEN

Familienanzeigen	13	Rätsel & Roman	17
Fernsehen	18	Tipps & Termine	10
Lesermeinung	8	Verbraucher	16

Lieber solide



Moritz Döbler über Bremens Haushalt

Erst vom Jahr 2020 an soll der neue Länderfinanzausgleich greifen, und zugestimmt hat der Bund noch nicht – trotzdem dient die Aussicht auf mehr Geld dem Bremer Senat schon als Begründung für einen Kurswechsel. Ab 2020 wolle das kleinste Bundesland Geld in die Schuldentilgung stecken, aber bis dahin weniger sparen als bisher geplant, hat Finanzsenatorin Karoline Linnert angekündigt.

Es wäre der Rückfall in eine fatale Logik, die in Bremen für einen Schuldenstand von rund 20 Milliarden Euro gesorgt hat. Rot-Grün hat diese Logik nicht erfunden und den größten Teil der Schulden auch nicht zu verantworten. Bremens Haushaltspolitik ist seit Jahren vergleichsweise solide. Dennoch ist es falsch, aus der Einigung der Bundesländer neue finanzielle Spielräume für die nächsten Jahre abzuleiten. Bremen sollte nicht jetzt Geld ausgeben, das es vielleicht irgendwann bekommt.

Der Gedanke ist aber offensichtlich Teil einer neuen Denke des Senats. So hat Bürgermeister Carsten Sieling gerade kritisiert, der Bund erlaube sich „immer noch“ eine schwarze Null, als ob das irgendwie eklig sei. Dabei ist auch Bremen ab 2020 dazu per Grundgesetz verpflichtet und muss dann ohne neue Kredite auskommen.

Ohnehin ist öffentlich noch nicht nachvollziehbar, wie viel Geld tatsächlich zusätzlich fließen soll. Die Rede ist von bis zu 500 Millionen Euro. Aktuell erhält Bremen pro Jahr rund 600 Millionen Euro aus dem Länderfinanzausgleich, ferner als Bundesergänzungszuweisungen 250 Millionen Euro und als Konsolidierungshilfe des Bundes knapp 300 Millionen Euro. Eine exakte öffentliche Aufschlüsselung, welche Mittel Bremen ab 2020 insgesamt zu erwarten hat, fehlt bisher.

Karoline Linnert ist schon bei den Koalitionsverhandlungen unter Druck geraten, weil sie sich nicht freigiebig gezeigt hat. Ihr hängen auch die Stimmenverluste der Grünen bei der Bürgerschaftswahl nach. Dennoch sollte sie nicht der Versuchung erliegen, ihre solide Haushaltspolitik aufzugeben. Sie kann sich bleibende Verdienste für Bremen erwerben, wenn es ihr gelingt, die ewige Spirale des Schuldenmachens zu durchbrechen. **moritz.doebler@weser-kurier.de**

KOPF DES TAGES

Susanne Schmitt



Der Niedersächsische Industrie- und Handelskammertag verleiht an diesem Montag den Niedersächsischen Wirtschaftspreis an Unternehmen aus Mittelstand und Handwerk. Susanne Schmitt, Hauptgeschäftsführerin des NIHK, stellt am Nachmittag im Kongresszentrum Hannover die Jury vor und erläutert den Entscheidungsprozess. Anschließend präsentieren sich die sechs nominierten Unternehmen. Allesamt machen sich nach Auffassung des NIHK „mit innovativen Konzepten um geeigneten Nachwuchs verdient“. Dabei geht es, wie Wirtschaftsminister Olaf Lies sagt, um „multikulturelle, gendergerechte sowie inklusive Berufsausbildungen“, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. **JR**

WETTER

Tagsüber	Nachts	Niederschlag
12°	7°	50%

Im Tagesverlauf freundlicher
Ausführliches Wetter Seite 6

H 7166 • 28189 BREMEN



4 194176 301309

1 0050

ML-JR
Kommentar Seite 2-Bericht Seite 14